

**T a g e s o r d n u n g s p u n k t 8**  
**der öffentlichen Sitzung des Ortsbeirates des**  
**Ortsbezirkes Wiesbaden-Erbenheim**  
**am 12.06.2007**

**Integration von Personen mit Migrationshintergrund (SPD, FDP)**

---

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird gebeten zu prüfen, ob es möglich ist, die Integration von Personen mit Migrationshintergrund im Ortsbezirk Wiesbaden-Erbenheim und hier insbesondere im Bereich der Siedlung Hochfeld in größerem Maß als bisher zu fördern.

**Begründung:**

Im Jahr 2006 kam es im Bereich Hochfeld verstärkt zu Problemen mit Jugendlichen überwiegend aus dem Migrationsbereich. Gemeinsame Gespräche zwischen Jugendlichen, betroffenen Bürgern, den zuständigen Ämtern und des Ortsbeirats sowie Polizeiaktionen führten scheinbar zu einer Beruhigung der Situation ohne jedoch tatsächlich tiefer auf die Hintergründe und Ursachen einzugehen.

Zusätzlich wurde nach Absprache zwischen den zuständigen Ämtern, dem Ortsbeirat sowie dem Träger des für die Jugendarbeit in Wiesbaden-Erbenheim zuständigen Vereins ein entsprechendes Konzept zur Arbeit mit den Jugendlichen entwickelt und im Winterhalbjahr begonnen.

In verschiedenen Gesprächen hat sich jedoch herausgestellt, dass dies insgesamt nicht ausreichend ist. Als weitergehende Maßnahme muss die Migrationsarbeit über das normale Maß hinaus verstärkt werden.

Ziel muss es nicht nur sein, zukünftig Vorfälle wie 2006 zu verhindern, sondern vor allem auch das gesamte Umfeld in die Bemühungen zur Integration einzubeziehen. Dies entspricht auch den Vorgaben des Integrationskonzeptes 2004, in dem sich die Kommunalpolitik Wiesbadens „den dauerhaften Prozess der Eingliederung von Zuwanderern und Menschen mit Migrationshintergrund in die Aufnahmegesellschaft sowie die Angleichung ihrer Lebenslagen ohne Aufgabe der jeweils eigenen kulturellen Identität“ zum Ziel gesetzt hat.

Daraus resultiert eindeutig, dass durch die soziale Struktur mit einem großen Anteil an Bewohnern mit Migrationshintergrund, einem hohen Arbeitslosenanteil und dementsprechend einem vergleichsweise großen Anteil von Bewohnern mit finanzieller Unterstützung der öffentlichen Hand (oftmals nach Hartz IV) eine besondere Aufgabe erwachsen ist, die es gilt, durch professionelle, fachliche Unterstützung sinnvoll anzugehen und positiv zu beeinflussen.

**Beschluss Nr. 0032**

Antragsgemäß beschlossen.

**Verteiler:**

Dezernat VII in Verbindung mit Dezernat VI z.w.V.

Amt 33

Amt 51

Reinsch  
Ortsvorsteher